

Bemerkungen von Präsidentin Roberta Metsola auf der Tagung des Europäischen Rates
Donnerstag, 14. Dezember 2023

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der 23. Juni 2022 war ein wichtiger Tag in der Geschichte des europäischen Aufbauwerks. An jenem Tag verständigte sich dieser Rat darauf, der Ukraine und Moldau den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen und Georgien eine klare europäische Perspektive aufzuzeigen. Diese Einigung ist von historischer Bedeutung.

In den vergangenen anderthalb Jahren ist die Ukraine bei der Verwirklichung all ihrer Ziele rasch vorangekommen. Sie hat – und das unter allerschwierigsten Bedingungen – die erforderlichen Rechtsvorschriften und Reformen verabschiedet.

Und für die Republik Moldau gilt das Gleiche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen ganz kurz vor einem weiteren historischen Moment für unsere Union. Es ist an uns, ob wir die historische Chance, die sich uns bietet, ergreifen oder ob dieser Moment als Scheitern in die Geschichte eingeht.

Denn zwischen Gelingen und Scheitern liegt oft nur ein schmaler Grat.

Jetzt ist es an der Zeit, unsere Zusagen einzuhalten, Einigkeit, Solidarität, Mut und Entschlossenheit zu zeigen und so unter Beweis zu stellen, dass diese Entscheidung uns allen nur zum Vorteil gereichen kann.

Als nächster Schritt steht also an, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau zu eröffnen.

Mir ist bewusst, dass diese Entscheidung von enormer Tragweite ist, und ich weiß, dass sie einigen hier im Saal nicht leichtfällt. Aber diese Entscheidung treffen wir nicht, weil sie politisch zweckmäßig ist. Nein, diese Entscheidung gründet auf Verdienste und auf die Einhaltung unserer Kriterien, und dazu schreitet jede Nation auf ihrem eigenen Weg voran, um die objektiven Ziele zu erreichen, die wir ihr gesetzt haben.

In der globalen geopolitischen Lage hat aber auch Untätigkeit ihren Preis.

Wie ich bereits gestern auf dem Gipfeltreffen der EU mit den Westbalkanländern sagte, bietet sich uns eine einmalige Gelegenheit, die wir einfach nicht verpassen dürfen.

Bei der Vorbereitung unserer Nachbarländer auf den Beitritt sind wir bereit, unseren Teil zu leisten. Das Europäische Parlament und die Werchowna Rada der Ukraine unterhalten bereits sehr enge Beziehungen. Gerade erst haben die beiden Parlamente eine aktualisierte Fassung der Vereinbarung über die Unterstützung der parlamentarischen Demokratie unterzeichnet. So können wir als Europäisches Parlament der Ukraine ganz praktisch bei der Vorbereitung auf ihren künftigen Beitritt zur Union zur Seite stehen.

Für die Republik Moldau gilt das Gleiche. Unsere Programme zur Demokratieförderung und die enge Partnerschaft mit dem moldauischen Parlament haben sich bereits als sehr nützlich erwiesen, und Moldau kommt auf seinem Weg in die Union voran.

Die Erweiterung ist unsere wichtigste geopolitische und strategische Investition in die Zukunft. Wir alle sind mit ihrer transformativen Kraft sehr wohl vertraut. Eine Erweiterung, die auf Verdiensten beruht, stärkt Europa, unsere Union und unsere Lebensweise.

Was die Westbalkanländer angeht, so müssen wir darauf achten, dass auf beiden Seiten weder die Ansprüche verwässert werden noch die Motivation verloren geht. Wir sind Zeuge einer besorgniserregenden Entwicklung, denn die proeuropäische Grundstimmung in der Region lässt nach, auch unter den jungen Menschen. Wenn es uns nicht gelingt, die Hoffnung in greifbare Ergebnisse umzuwandeln, wird diese Hoffnung schwinden.

Jedes Bewerberland muss seinen eigenen Weg zur Mitgliedschaft einschlagen, und auf diesem Weg gilt es, die Verdienste des Landes zu würdigen. Das ist nicht einfach, und viele von uns hier im Saal dürften sich noch daran erinnern und bestätigen können, dass es geraume Zeit dauern kann.

Diese Länder führen Reformen durch und setzen den Wandel fort, doch auch wir müssen zu Reformen und zum Wandel bereit sein. Das heißt, dass wir weiter darüber diskutieren müssen, wie wir die Zukunft der Europäischen Union gestalten wollen. Und das beginnt damit, Rumänien und Bulgarien in den Schengen-Raum aufzunehmen.

Was nun den weiteren Weg in die Zukunft anbelangt, so hat das Europäische Parlament seinen möglichen Beitrag zu den Reformen ausführlich zu Papier gebracht. Es hat einen Bericht über mögliche Änderungen der Verträge ausgearbeitet, der eine gute Grundlage für weitere Überlegungen bildet. Ich hoffe sehr, dass wir diesen Bericht auf einer der künftigen Tagungen erörtern können.

Währenddessen geht der Krieg in der Ukraine unvermindert weiter. Wir müssen standhaft bleiben und unsere politische, militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützung fortsetzen, auch wenn es schwieriger wird. Das ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern vor allem auch strategisch bedeutsam. Zudem steht eine weitere strategische Entscheidung an. Es gilt, eine Einigung zu erzielen, damit die mit 50 Mrd. EUR ausgestattete Ukraine-Fazilität bereitgestellt werden kann. Das Europäische Parlament hatte sich bereits im Oktober dafür ausgesprochen. Bei dieser Entscheidung geht es um Investitionen und Wachstum im Interesse der Ukraine und der Union.

Die Ukraine-Fazilität dient dazu, die Erholung, den Wiederaufbau und die Modernisierung der Ukraine zu unterstützen. Wenn wir diese finanzielle Unterstützung jetzt leisten, sinkt der entsprechende Bedarf in der Zukunft.

Wir sind bestrebt, stärker und geeinter aufzutreten und wettbewerbsfähiger zu werden. Für dieses Ziel müssen wir Mittel in ausreichender Höhe aufwenden, um in einer Welt im Wandel, in der man uns feindselig begegnet, bestehen zu können. Doch viele scheinen immer noch zu meinen, harte und unausweichliche finanzielle Entscheidungen könnten einfach weiter aufgeschoben werden.

Die Pandemie, der Einmarsch Russlands in die Ukraine, der Klimawandel, die Energiekrise und die Krise der steigenden Lebenshaltungskosten wirken sich auf jeweils eigene Art und Weise aus. Steigende Zinssätze haben dazu geführt, dass die Fremdkapitalausgaben im Rahmen von NextGenerationEU gestiegen sind. Mit den neuen Aufgaben, auf die wir uns gemeinsam geeinigt haben, wird der MFR bis an seine Grenzen ausgereizt. Daher gilt es, auf dieser Tagung des Europäischen Rates eine Einigung zu erzielen und dabei folgenden Aspekten Rechnung zu tragen: Die Vorrechte des Europäischen Parlaments als Haushaltsbehörde, die in den Verträgen verankert sind, müssen geachtet werden. Es muss eine strukturelle Lösung für den Umgang mit den Fremdkapitalkosten gefunden werden, wobei Fortschritte bei den Eigenmitteln Teil der Lösung sind. Die gemeinsamen Werte der Union sind zu wahren, und auch die Rechtsstaatlichkeit darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Wir brauchen zudem ein Instrument, mit dem die EU wirksam auf Krisen und unvorhergesehene Umstände reagieren kann. Und schließlich dürfen keine Einschnitte bei den Vorzeigeprogrammen vorgenommen werden, an denen für viele deutlich wird, was die Europäische Union ihnen konkret bringt.

Aus diesem Grund hat das Europäische Parlament mehrmals gefordert, den MFR zu überarbeiten, und darum sind wir auch bereit, diese Diskussion voranzubringen.

Eine Einigung ist möglich, genau wie bei der Einigung auf den weltweit ersten Rechtsakt über künstliche Intelligenz und den Rechtsakt über kritische Rohstoffe, über die das Europäische Parlament vor zwei Tagen abgestimmt hat. Es ist uns gelungen, gemeinsam unsere Energieunabhängigkeit erfolgreich zu stärken und Anreize für saubere Energie zu schaffen. Es ist uns gelungen, Rechtsvorschriften über die Gasspeicherung und die Senkung der Gasnachfrage zu erlassen und bei der Reform unserer Strommärkte voranzukommen. Und es ist uns gelungen, in der fortschrittlichen marktbasierten Klimapolitik weltweit führend zu bleiben.

Wir haben etwas erreicht, was zuvor unmöglich schien. Und das kann uns auch wieder gelingen.

Gleiches gilt für unser Engagement im Nahen Osten, wo wir uns viel stärker einbringen müssen, was die humanitäre Lage im Gazastreifen und die Folgen des Terroranschlags vom 7. Oktober 2023 in Israel sowie die Lage im Nahen Osten im weiteren Sinne betrifft. Die Europäische Union kann eine führende Rolle übernehmen, wenn es darum geht, einen Ausweg aus der Krise zu finden, für die Zeit danach zu planen, den Wiederaufbau zu unterstützen, die Nationenbildung zu fördern und echte, nachhaltige und dauerhafte Stabilität auf der Grundlage einer Zweistaatenlösung anzustreben. Auch im Schatten des Krieges müssen wir darüber sprechen, wie wir Frieden schaffen, unschuldige Menschenleben retten und dem Terror ein Ende setzen und dabei stets das Völkerrecht achten. Und wir müssen darüber sprechen, wie wir jetzt den Palästinensern eine Ruhepause und Bedenkzeit einräumen und den Israelis Hoffnung bieten können. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass das Westjordanland nicht zu einem neuen regionalen Brennpunkt wird.

Abschließend möchte ich erneut einen Appell zum Migrations- und Asylpaket an Sie richten. Wir sind kurz vor dem Ziel und waren im gesamten vergangenen Jahrzehnt noch nie so nah dran wie jetzt. Das stimmt mich hoffnungsvoll, und wir müssen diese Gelegenheit nutzen. Wenn wir hier noch vor Jahresende eine Einigung erzielen, dann wäre das ein entscheidender Erfolg für das konstruktive proeuropäische Zentrum, bevor dann der Wahlkampf für die Europawahl beginnt. So können wir zeigen, dass die Union Lösungen für die Probleme bietet, die unseren Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auf unseren Schultern lastet die Verantwortung, die richtigen Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie schwierig sind. Etwas durchsetzen und Kompromisse finden, darum sind wir doch eigentlich in die Politik gegangen. Um in einem lange aussichtslos erscheinenden Kampf doch noch zu obsiegen, braucht man einen langen Atem. Unser reicher Erfahrungsschatz und unsere erfolgreiche Gesetzgebungstätigkeit zeigen, dass wir es schaffen können.

Die Union hat unter Beweis gestellt, dass sie ihrer Führungsrolle gerecht werden und die notwendigen Entscheidungen treffen kann. Auch jetzt kann sie wieder mit gutem Beispiel vorangehen.